

Das Jahrgangsergebnis ist...
Preis pro Quartal...
Eingetragen in die...
Verlagsnummer Nr. 5408

Der Proletarier

Organ des Verbandes der Fabrikarbeiter Deutschlands

Anzeigenpreis:
Lebensvermittlung und
Zahlstellen-Anzeigen die
3 gelappten Kolonnen-Beile
50 J
Geschaftsanzeigen werden
nicht angenommen.

Verlag von H. Wers,
Druck von E. K. J. Meißner & Co., beide in Hannover.

Verantwortlicher Redakteur: Sebastian Frick, Hannover.
Redaktionschef: Frick, morgens 9 Uhr.

Redaktion und Expedition:
Hannover, Altonstraße 7, 2. St. — Fernsprech-Aufschlag 3008.

Wann wird der erste neue Beitrag erhoben?

Der Verbandsrat hat auf seiner letzten Tagung beschlossen: Die gestrigen Beschlüsse treten am 1. April 1922 in Kraft. Von einer Rückwirkung dieses Beschlusses kann natürlich keine Rede sein. Da nun in unserem Verbände der Wochenbeitrag immer für die zurückliegende Woche erhoben wird, so ist am 2. April der 13. Wochenbeitrag fällig, der noch mit den alten (jetztigen) Marken quittiert wird.

Der neue (erhöhte) Wochenbeitrag wird erstmalig in der 14. Beitragswoche erhoben.

Demnach kommt bei Sonntagskündigung der neue Beitrag am 9. April (14. Beitragswoche) zum ersten Male zur Erhebung.

Auch für die Unterstützungszahlung gilt das bereits Gesagte. Am Sonntagabend, dem 1. April, werden für die zurückliegende Woche zum letzten Male die alten Unterstützungssätze ausgezahlt. Von diesem Tage an resp. vom Montag, dem 3. April, beginnt der Anspruch auf die erhöhten Sätze, die erstmalig fällig werden für eine volle Woche am 8. April, aber, wenn nur 1 Tag zur Auszahlung kommen soll, am Abend des 3. April.

Von Rechten und Pflichten.

Seit jeher ist es für die freien Gewerkschaften wie überhaupt für die gesamte moderne Arbeiterbewegung selbstverständlich, daß dem Proletariat nicht damit geholfen ist, daß ihm „Wohltaten“ zuteil werden. In wirtschaftlichen wie in politischen Kämpfen wird nicht an das gute Herz, das soziale Gefühl der Unternehmer oder der übrigen Bevölkerungsschichten appelliert, sondern es wird auf Rechte hingewiesen, die der wichtigste Teil der Volksgemeinschaft auf Grund seiner Bedeutung für das Ganze besitzt. Diese Rechte mag man zunächst einmal als natürliche, durch das lebendige Dasein überhaupt bedingt, ansehen; erworben werden sie aber auf alle Fälle durch die Bestrebungen wirtschaftlicher, sozialer und anderer Art, die besonders heute ganz unabweisbar sind und schon während des Krieges aus dem Bewußtsein der Massen des alten Regimes anerkannt wurden. Darüber ist in dem auch nur einigermaßen zum Bewußtsein erwachten Proletariat kein Zweifel mehr, daß Pflichterfüllung auf der einen Seite die Beachtung von Rechten auf der anderen nach sich zieht, deren Gewährung nichts mit „Wohltun oder Schanden“ zu tun hat.

Das Bewußtsein von diesen Zusammenhängen wird das heute leider im Proletariat noch oft anzutreffende Gefühl der Untermöglichkeit beseitigen. Es wird aber auch vor dem Versinken in das direkte Gegenteil, in maßlose Selbstüberhebung, schützen. Wer zum Schaden der Gesamtheit oder auch nur eines Teiles davon seinen Pflichten nicht nachkommt, kann nicht dieselben Rechte wie der Pflichterfüller in Anspruch nehmen. Diese durchaus sozialistischen Gedanken gilt es zu Empfindungen der gesamten arbeitenden Klasse zu machen. Zu beginnen ist deshalb bei der Jugend.

Jedermann von uns wird heute der erwachsene Jugend gern zugeben, daß sie in mancher Hinsicht gewisser Vorteile vor den übrigen Arbeitenden bedarf. Sie braucht Schutz gegen Ausbeutung und für ihre körperliche Entwicklung, Sorge für ihre geistige Weiterbildung und auch der Anleitung, um den Weg zur sozialistischen Lebensauffassung zu finden. Dieses alles zu geben, muß doch der Jugend begreiflich gemacht werden, daß sie nur dann an einen Anspruch darauf denken kann, soweit sie selbst auch ihre Pflichten, nämlich der Organisation gegenüber, erfüllt.

In den meisten Fällen sind die jugendlichen Arbeiter und Arbeiterinnen sowie auch die Beschäftigten mit in die kurzfristige Regelung der Lohn- und Arbeitsverhältnisse einbezogen; die daraus für sie folgenden geldlichen Vorteile lassen es als selbstverständlich erscheinen, daß auch die jugendlichen Angewandten der gewerkschaftlichen Arbeit ihren Anteil zur Ermöglichung dieser Arbeit beitragen haben. Es ist begreiflich, wenn die Jugend von selbst nicht ohne weiteres diese Notwendigkeit erkennt, da erstwärts dann eben den Erwachsenen im Betrieb wie im Elternhaus die Pflicht, während zu wirken. Wer zu leicht nämlich entsteht ja bei den jugendlichen, auch bei Erwachsenen soll das noch vorkommen, das Gefühl, als wenn eine Hand den Rücken stütze. Wer zu leicht die Pflicht, während zu wirken, als wenn Lärmschutzabschlüsse, Lohnverhinderungen, Verbesserungen im Arbeitsverhältnis kommen müssen wie Naturerscheinungen, die Regen und Sonnenschein. Wenn diese Vorstellungen auch nicht zu harten Gebandlungen werden, so sind sie aber doch häufig gefühlsmäßig vorhanden und wirken sich, praktisch aus. Die Teilnahmslosigkeit vieler Kreise für das Organisationsleben zeigt uns, welche Gefahren diese Meinung: „es geht ja alles auch ohne mich“, für die Arbeiterklasse mit sich bringt.

In diesen Erwägungen vom Rückwärtsblickpunkt gefassen sich andere, die schließlich noch wichtiger sind. Die Erwachsenen haben die unbedingte Pflicht, auf die mit ihnen in Verbindung kommenden jugendlichen in günstigen Sinne einzusetzen. Das dazu in erster Linie gehört, die Gedanken der Organisation, der Solidarität zu wecken, zu festigen und zu vertiefen. Aber trotz ständigen Zusammenkommens mit jugendlichen soll nicht vernachlässigt werden, daß sie seinen Erfahrungen, Bemühen usw. Vorteil ziehen zu lassen, der sie sich nicht der Bemerkung bewußt, die er selbst als Mensch

wie auch als organisierter Arbeiter trägt. Nur durch die unmittelbaren Beziehungen von Mensch zu Mensch können die Gedanken der Arbeiterbewegung stets lebendig erhalten bleiben; die schriftlichen Ueberlieferungen werden immer erst dann Wirkung erzielen können, wenn der Geist des Jugendlichen schon aufnahmefähig geworden ist. Es ist also ganz einfach Pflicht jeden Gewerkschaftlers, für den Nachwuchs der Organisation Sorge zu tragen. Verfehlt wäre die Meinung, daß es auf die Mitgliedschaft so junger Leute nicht ankommt, da sie doch von der Organisation mehr an Aufwendungen beanspruchen, als sie einzubringen. Kurzfristige Bestimmungen sind immer falsch und so wäre es auch hier; wer in seinen jungen Jahren als jemand betrachtet wird, der getrost beiseite stehen bleiben kann, der wird sicher in späteren Jahren von sich zu derselben Meinung gelangen. Wer also nicht zur Vermehrung der Schar der Unorganisierten, der Parasiten, beitragen will, der gebende der Pflichten der Jugend gegenüber.

Demnach werden wieder überall eben aus der Schule entlassene Jungen und Mädchen in die Betriebe hineinkommen. Sie müssen bereit und freundlich ihre älteren Arbeitskollegen ihnen entgegenkommen, desto eher werden sie auch zweifellos unseren Einflüssen zugänglich sein, in die Veranstaltungen kommen usw. Es ist gut, wenn die erwachsenen Jugendlichen schon frühzeitig erkennen, daß sie ohne Erfüllung gewisser Pflichten eben auch keine Rechte beanspruchen können.

Zweite Tagung des Beirats der Gewerkschaftlichen Betriebsrätezentrale des ADGB. und des IFA-Bundes

Die von Reichsbetriebsräte-Kongress im Oktober 1920 gestiftete Beiratszentrale der 15 Industriegruppen nahm in ihrer zweiten Tagung am 10. und 11. März in Berlin zum 1. Punkt der Tagesordnung den Geschäftsbericht der Gewerkschaftlichen Betriebsrätezentrale für das Jahr 1921 entgegen, welcher vom Vorjahr erstattet wurde. Es ist hiermit möglich gewesen, die Bildungsbestrebungen der Gewerkschaftsmitglieder, besonders der Betriebsräte, durch entsprechende Kurse weitestgehend zu fördern. Außerdem sind die Betriebsrätearbeiten seit 10. März 1921 geregelt worden. Der Bericht der Betriebsrätezentrale im Jahre 1921 bezieht sich auf 3000 bis 11 000 Betriebe.

Die Haupttätigkeit der Betriebsrätezentrale war dem Ausbau der Bildungsbestrebungen und -einrichtungen und der Leitung der sich aus dem Betriebsrätegesetz ergebenden Rechtstragen sowie der Reichsbetriebsrätezentrale gewidmet. In der Betriebsrätezentrale werden bestmögliche Rechtstragen ausgearbeitet und die Arbeiter „Schutz und Recht“ soll immer mehr ausgebaut werden.

Durch die Zusammenlegung der bisherigen Betriebsrätezeitung des ADGB und der Zeitschrift „Der Betriebsrat“ des IFA-Bundes in eine „Betriebsrätezeitung“ des ADGB, sind die IFA-Bundes mit dem 1. Januar eine weitere Vereinheitlichung der Zusammenarbeit von Arbeitern und Angehörigen erzielt worden. Die Auflage der „Betriebsrätezeitung“ beträgt rund 117 000.

Die Diskussion zum Geschäftsbericht war außerordentlich reger. Ein Kritik wurde in keiner Weise geübt; dagegen ergab die Aussprache ein getreues Spiegelbild der jetzigen kaiserlichen wirtschaftlichen und sozialen Verhältnisse. Die von dem Beirat gegebenen Anregungen werden für die weitere Arbeit der Gewerkschaften Verwendung finden.

Dr. Striemer hielt lobend zwei Reden über die wirtschaftliche Lage und die Kontrolle der privatwirtschaftlichen Monopole. In dem ersten Referat stellte Striemer das Produktionsproblem in den Vordergrund. Die Quantitäten zur Deckung des Bedarfs an lebensnotwendigen Gütern müssen hervorgerichtet werden, wenn ausreichende Nationen verteilt werden sollen. Die Arbeiterklasse sollte daher die von der Kapitalklasse angebotene Produktion unter allen Umständen fördern.

Der Übergang zu einer Kartellwirtschaft ist notwendig, die an die Stelle der freien kapitalistischen Preisbildung zu treten habe. Anstatt zwischen Kapitalwirtschaft und organisierten, sozialistischen Gewerkschaften und Konsumenten, zwischen Industrie und Konsumenten müssen geschlossen werden. Die Spitzenorganisationen der Gewerkschaften sind die Kartellwirtschaft zu fördern, die in der Kartellwirtschaft ein eigenes Rechtssystem, ein eigenes Rechtssystem auf Grund eigener Produktionsmaterialien aufbauen (sozialistische Sozialisierung). Die Monopole sind eine für die Arbeiterklasse gefährliche Erscheinung, die beseitigt werden muß. Der Beirat hat den obligatorischen Zusammenschluss der Kartellwirtschaft zu unterstützen, um Konsumenten für Betriebe zu schaffen, die die Produktion und Preisbildung der allgemeinen wirtschaftlichen Bedürfnisse ausüben.

Der einflussreiche Kanonier gelangte folgenden Ergebnisse: Der Beirat der Gewerkschaftlichen Betriebsrätezentrale erhebt energigehenden Einspruch gegen den Versuch von Arbeitgebergruppen, das mit dem 1. Februar 1922 in Kraft getretene Gesetz über die Kündigung von Betriebsratsmitgliedern in den Arbeitsvertrag bereits wieder einzufügen zu lassen.

Die Begründung dieses Beschlusses, daß es im Staatsinteresse gelegen sei, wenn Betriebsratsmitglieder der Arbeitgeberseite freigesprochen werden, stellt eine unerhörte Herabsetzung der hoch über dem Niveau von Arbeitgebergruppen zu stehen hat. Striemer hat

Der Beirat verlangt von den Gewerkschaften, den Spitzenorganisationen, vom Reichstag und der Regierung, diesen neuen Arbeitsvertrag auf Arbeitnehmerseite zurückzuführen.

Zu Punkt 3 der Tagesordnung Antrag des Verbandes der Maschinen- und Feiler auf Errichtung einer 16. Industriegruppe, er faßte die Vorstehende dieser Organisation, Kollege Klose, das Referat und begründete unter Vorbringung eines reichen Materials die Notwendigkeit der besonderen Zusammenfassung der Betriebsräte in den Unternehmen der tragenderen Industrie. Das Vorreferat hatte der Vorstehende des Deutschen Metallarbeiterverbandes, Kollege Dittmar, übernommen, welcher die Ansicht vertrat, daß eine Umbenennung der vom Betriebsräte-Kongress beschlossenen Maschinen- und die Bildung einer 16. Industriegruppe sich erübrigt, während es dem Verband der Maschinen- und Feiler und den in der kraftvollen Industrie bestehenden Betriebsräten auch jetzt schon unbenommen ist, als Untergruppe ihrer Industriegruppe jeweils Erhebung ihrer besonderen Angelegenheiten zu beantragen. Der Vertreter des Verbandes der Gemeinde- und Staatsarbeiter, Kollege Dittmar, und für den Deutschen Transportarbeiterverband Kollege Riebel erklärten sich namens ihrer Organisationen gegen die Bildung einer 16. Industriegruppe.

In der Diskussion sprachen sich mit Ausnahme der Vertreter des Verbandes der Maschinen- und Feiler sämtliche Beiratsmitglieder ebenfalls gegen die Bildung einer 16. Industriegruppe aus. Der Antrag wurde gegen zwei Stimmen abgelehnt.

Der Verhandlungsleiter, Kollege Grafmann, konnte am Schluß der Tagung feststellen, daß wertvolle Anregungen im Laufe der Verhandlungen gegeben worden sind und gute Arbeit zum Wohle der Arbeiterbewegung geleistet worden ist.

Eine Zahlstellenleiter-Konferenz für den Gau 2

Am Sonntag, dem 12. März, in der Bürgerhalle zu Wangerooge mit folgender Tagesordnung:

- 1. Beitragsregelung im Gau 2.
- 2. Betriebs- und Industrieorganisationen. Referent Kollege Frick (Hannover).
- 3. Verschiedenes.

Anwesend waren 90 Kollegen aus 69 Zahlstellen, 6 Kollegen vom Gauvorsitz und Kollege Frick (Hannover) als Vertreter des Gauvorsitzes. — Kollege Frick führt zum 1. Punkt der Tagesordnung aus: Die Beitragsfrage ist jetzt, weil diese vom Verbandsbeirat angenommen und dieser die Bewilligung eines Verbandsbeitrages hat. Es kann sich jetzt nur darum handeln, wann die Beitragsarbeiten in unserer Gau zur Einführung bringen wollen. Im Beirat selbst sind Stimmen laut geworden, daß das, was der Gauvorsitz zur Annahme empfiehlt, zu wenig sei. Der Verbandsbeirat hofft aber bis zu dem im Juli stattfindenden Verbandstag mit dieser Erhöhung auskommen zu können. Der Referent geht auf die Unterstellungen ein, die bei Streiks und Erwerbslosigkeit gemacht werden, und kommt zu dem Schluß, daß diese den Beitragsarbeiten nicht mehr entgegensteht. Der Gauvorsitz und Beirat machen den Vorstoß, drei Beitragsklassen im Gau einzuführen, und zwar für die 6. Klasse 8 Mk., die 3. Klasse 5 Mk. und die 1. Klasse 3 Mk. als Wochenbeitrag, jedoch ohne Sozialbeitrag. Letzterer soll ebenfalls eine einmalige Regelung erfahren, und zwar deshalb, weil die Höhe der Sozialbeiträge oftmals in eng verbundenen Wirtschaftsgleichen Anlauf zu Streikzeiten gegeben hat. Am Schluß seiner Ausführungen erlangt, bittet der Referent, die von ihm gemachten Vorschläge einstimmig anzunehmen.

In der Diskussion gibt Kollege Gusewenter (Halle) dem Gauvorsitz die Schuld, daß jetzt alle Mitglieder die Beiträge erhöht werden müssen, weil die günstige Zeit — nach des Redners Ansicht noch der Revolution November 1918 — von ihm verpaßt wäre. Auch die Einführung sei als eine glückliche Lösung nicht zu betrachten. Doch die Erhöhung notwendig ist, bejaht er nicht.

Kollege Koenig (Lüneburg) glaubt für seine Zahlstelle die in Vorschlag gebrachten Beiträge nicht zur Durchführung bringen zu können, da die Höhe des Stundenlohnes viel zu geringfügig ist.

Kollege Gölke (Alten) macht dem Gauvorsitz denselben Vorwurf wie Gusewenter (Halle). Im übrigen gibt auch er zu, daß eine Erhöhung der Beiträge vorgezogen werden muß.

Auf den Kern der Ausführungen des Kollegen Koenig geht nun Kollege Bogler (Hildesheim) ein und prüft sich für die Einführung der drei Beitragsklassen in unserem Gau aus. Er muß bei unseren Mitgliedern dahin wirken, daß ein Stundenlohn als Wochenbeitrag abgeführt wird. Jedoch soll man die Einführung der Sozialbeiträge den Zahlstellen selbst überlassen.

Kollege Schnell (Goslar) ist der Auffassung, daß sich durch das hohe Eintrittsgeld (6 Mk.) Schwierigkeiten bei der Organisation der Sozialbeiträge in der Konsumentenindustrie ergeben werden.

Den, dem Gauvorsitz so oft gemachten Vorwurf, daß er es verkennt hat, die Beiträge zur rechten Zeit zu erhöhen, weist Kollege Speckhardt (Bersenburg) zurück; denn der letzte Verbandstag hat die geplante Erhöhung abgelehnt. Die jetzige Höhe der Beiträge, die vom Verbandsbeirat angenommen sind, geht er in Vergleich zu denen anderer Verbände und kommt zu dem Schluß, daß unsere Organisation verhältnismäßig sehr niedrige Beiträge erhebt. Die in Vorschlag gebrachte Beitragsregelung ist nach der Auffassung des Kollegen Speckhardt nur als ein Provisorium gedacht und der Verbandstag, der im Juni in Frankfurt a. M. abgehalten wird, muß dieser Frage vom Grund aus eine neue Basis geben. Der Referent bittet, den Vorschlag des Gaubeirats anzunehmen.

Kollege Schinkel (Halle) empfiehlt ebenfalls der Konferenz, den Vorschlag des Gaubeirats anzunehmen. Die amnestischen Verbandsbeiratsmitglieder bittet er, bei der nächsten Zusammenkunft dafür Sorge zu treffen, daß die Unfähigkeit für die Zahlstellen ohne Angehörigen eine bessere wird. Die Personalwirtschaft hätte die Arbeit immer im Nebensatz zu erledigen; die Erziehung sei aber immer eine sehr minimale, weil diese Zahlstellen über hohe Sozialbeiträge nicht verfügen.

Dem Vorstehenden wird ein Beschlusstrag vom Gaubeirat vorgelesen, der dahin geht, daß jede Zahlstelle einen Sozialbeitrag von mindestens 1 Mark zu erheben hat.

Ein Gegner der drei Beitragsklassen ist Kollege Plare (Wernigerode), weil nach seiner Ansicht der Gau auf dem platten Lande nicht bewirtschaftet werden kann. Seine ferneren Ausführungen gipfeln darin, daß alle 6 Beitragsklassen im Gau zur Einführung gelangen müssen.

Kollege Sittel (Halle) tritt seinem Vorredner insofern entgegen und bringt den Rat, daß die Kollegen aus dem platten Lande, die der Industrie und der Zahlstelle Halle angehören, die Beiträge nicht zu hoch fassen. Bezüglich der Sozialbeiträge bittet er, um in den entsprechenden Wirtschaftsgleichen etwas Einseitiges zu schaffen, den Vorschlag der Konferenz anzunehmen.

Der Mitgliederversammlung... 1913

Der Mitgliederversammlung... 1913

Der Mitgliederversammlung... 1913

Der Mitgliederversammlung... 1913

Der Mitgliederversammlung... 1913

Der Mitgliederversammlung... 1913

Der Mitgliederversammlung... 1913

Der Mitgliederversammlung... 1913

Der Mitgliederversammlung... 1913

Der Mitgliederversammlung... 1913

Der Mitgliederversammlung... 1913

Der Mitgliederversammlung... 1913

Der Mitgliederversammlung... 1913

Der Mitgliederversammlung... 1913

Der Mitgliederversammlung... 1913

Der Mitgliederversammlung... 1913

Gewerkschaftliche Nachrichten.

Unwissend, unfähig oder unehrlich?

Das sind alle die Eigenschaften...

Man muß es verstehen, wenn es nötig ist...

Genabegu hanebüchen ist die Art der Jitterkeit...

Der kommunistische Gewerkschafter...

Wir geben zu, aus dem kommunistischen Gemisch...

Was sonst über Betriebs- und Industrieorganisation...

Die Döckster und der Baugewerksbund.

Eine gemeinsame Konferenz der Vertreter...

Arbeitschutz und Arbeitervertretung

Arbeitschutz und Arbeitervertretung

Der Reichsausschuss der Arbeiterjugendorganisationen...

- 1. Das Gesetz soll auf die Arbeiter und Angestellten aller Berufsgruppen ausgeht werden.
2. Jugendliche unter 16 Jahren sollen nur 6 Stunden am Tage arbeiten dürfen; für die Jugendlichen zwischen 16 und 18 Jahren beträgt die wöchentliche Arbeitszeit 45 Stunden.
3. Die Arbeitszeit muß in der Zeit von 6 Uhr morgens bis 8 Uhr abends liegen; nach der Arbeitszeit muß eine 12stündige Ruhezeit eintreten.
4. Die Nachtarbeit Jugendlicher ist unter allen Umständen (auch nicht in den sogenannten Saisonbetrieben) ausgeschlossen.
5. Die für den Unterricht an den Pflichtfortbildungsschulen notwendige Zeit ist in die 45-Stunden-Arbeitswoche einzurechnen.
6. Die Genehmigung von Überstunden soll sich nicht auf Jugendliche erstrecken.
7. Abweichungen von diesen Schutzbestimmungen für Veranstaltungen theatralischer, amüsantischer Art oder für Schaustellungen usw. wie sie im Gesetzentwurf vorgesehen sind, sollen nur dann von den Jugendämtern gestattet werden, wenn höheres Kunstinteresse dies rechtfertigt.
8. Die Kontrolle der Betriebe auf Einhaltung der Jugendbeschäftigungsbestimmungen soll von den Gewerks- und Handelsinspektionen in enger Verbindung mit besonderen Beauftragten der Berufsorganisationen erfolgen.

Frauenfragen.

Eine Mahnung an die Frauen.

Auf dem Verbandstag in Hannover im Jahre 1920 wurde von mehreren Rednern und Rednerinnen eine weitgehende Aufklärung der Frauen und durch einen Antrag sogar die Einführung einer obligatorischen Frauen-Zeitung gefordert.

Es kann doch unmöglich etwas erreicht werden, wenn wir auf den Verhandlungen zum Geschäftsbericht sprechen und kritisieren, etwas verlangen und dann unsere praktische Mitarbeit fehlen lassen.

Ich frage unsere Kolleginnen, was haben sie für Arbeit in den Jahreshellen geleistet? Warum ich gerade diese Frage aufwerfe, so aus dem Grunde, weil diese Frage doch bei der Sitzung der weiblichen Delegierten während des Verbandstages auf der Tagesordnung stand.

Sänglingspflicht und Frauenarbeit.

In Buenos Aires, der argentinischen Bundeshauptstadt, hat man Untersuchungen über die Kindersterblichkeit angestellt, über die die „Hygienische Rundschau“ nach einer argentinischen Zeitschrift berichtet.

Soziales Los und Erziehung.

Man sprach so viel von der Bewässerung der Jugend während des Krieges und man spricht auch heute noch so oft von der Bewässerung, die in der Jugend herrscht.

Aus der Industrie

Chemische Industrie

Fragebogen einsenden!

Die Beantwortungen werden ersucht, die von der...

Wie lange noch?

Das in langwieriger Arbeit mühsam errichtete Gebäude der...

Dies ist die chemische Großindustrie ganz besonders der...

Außerdem soll der Arbeiterverband nicht in der Lage sein, die...

Heute können wir übersehen, welches Ansehen die...

Wir geben schon im Mitteilungsblatt Nr. 1 bekannt, daß...

Aus dem Bericht von Oberbaurat hören wir, daß die Kollegen...

Für unsere Mitglieder, die die Fäden der...

nicht. Die selben Leute, die auf Kosten der...

Was wollen nun die Arbeiter russischer...

Demgegenüber stellen wir fest, daß wir im...

Zur Durchführung der Wahlen zu den...

Unfälle, Explosionen.

Klagen. Kurz vor Redaktionsschluss ging...

Papier-Industrie ***

Der Deutsche Industrie-Schutzverband...

Belamäßig gehört der Deutsche Industrie-Schutzverband...

Der Deutsche Industrie-Schutzverband scheint auch...

Fortgesetzt gehen uns Klagen zu...

Wir können nicht dringend genug empfehlen, in allen Fällen...

aus bereit, unsere Mitglieder dabei in jeder Weise...

Wir brauchen nicht besonders darauf hinzuweisen, daß...

Wir hätten einmal das Indusriegelgesetz der...

Allein Ansehens nach hat sich der Deutsche...

Die deutsche Industrie wird andauernd durch...

Die Maßnahmen erlangen vielfach der...

Als geeignetes und vielleicht einzig wirksames...

Auch diese Anforderung bedeutet nichts anderes, als...

Die Gewerkschaften haben schon manchen...

Die Gewerkschaften haben schon manchen...

Ein schwedischer Papierarbeiter-Verband.

Die Papierarbeiter Schwedens, die...

Industrie der Steine und Erden

Aus der bayerischen Ziegelei-Industrie.

Frühjahr 1921, und die Arbeiten der neuen...

Die Produkte möglichst billig herzustellen, macht...

baju u ihnen der Achtundzestag zu kurz, und weit der beste Arbeiter an diesem festhält, so soll er durch den Italiener müde gemacht werden. Am Italiener zu erhalten, wird den Behörden kläglich gemacht, daß keine Sachleute zu haben sind. ...

Sie wollen rückwärts in Oldenburg.

Die Hingeliebter im Freistaat Oldenburg befinden sich auf dem Kriegspfad. Sie können es ab, mit der Unterstützung des Bundes der Fabrikarbeiter einen Begrüßungsbesuch abzugeben. ...

Die Hingeliebter im Freistaat Oldenburg sind aber nicht gewillt, hinter ihren Verfassungen im Reich zurückzuführen und haben am Sonntag, dem 19. März, in einer Kundgebung teilgenommen. ...

Nur müssen aber nicht unterlassen, die notwendigen Maßnahmen für das Wohlbefinden, den Herrn Demobilisiertenkommissioner, den Herrn Landrat usw. auf die Gefahr einer allgemeinen Arbeitsverdrängung an dieser Stelle aufmerksam zu machen. ...

Unschuldsvermutung.

Wohlwollen. Für die Demobilisierten und Kampfabwesende sollen die gesamten Art der Demobilisierung, der für Demobilisiertenkommissioner 1/2 bis 2, für Demobilisierten 1/2 bis 2, und für Demobilisierte 3 bis 4 pro Woche werden. ...

bei Kriegseinsatz. Die von dem Bundesrat beschlossene ...

Nahrungsmittel-Industrie

Zuckerknappheit oder Zuckermangel?

Wir leben im Zeitalter der Zucker- und Getreideknappheit. ...

Gegenwärtig ist Zucker ein begehrtesten Gut. ...

Geht man von dem Zuckermarkt aus, so ist die Zuckerknappheit ...

Es gibt nur einen Grund zur Erklärung der gegenwärtigen Zuckerknappheit, und der ist die Konsumierung des Zuckers durch die ...

Wenn man nun interessiert wissen möchte, wie weit die Zuckerknappheit ...

Diese Zuckerknappheit hat den Grund darin, daß die Zuckerproduktion ...

Die Zuckerknappheit ist ein Resultat der Zuckerknappheit im Ausland. ...

Da die Zuckerknappheit ein Resultat der Zuckerknappheit im Ausland ...

Es wird nicht nur durch die Zuckerknappheit im Ausland, sondern auch ...

Es geht nicht an, daß man die Zuckerknappheit im Ausland ...

Die Zuckerknappheit ist ein Resultat der Zuckerknappheit im Ausland. ...

Ein wichtiges Urteil für die Margarine-Industrie.

Infolge der allseitigen Beschuldigungen in der Margarine-Industrie ...

Die Firma Stöckli u. Witt lehnte diesen Schiedsgericht mit ...

Die Firma Stöckli u. Witt lehnte diesen Schiedsgericht mit ...

Die Firma Stöckli u. Witt lehnte diesen Schiedsgericht mit ...

Die Firma Stöckli u. Witt lehnte diesen Schiedsgericht mit ...

Die Jagd nach Profit in der Margarine-Industrie.

Die Konkurrenzverhältnisse in der Margarine-Industrie gleichen ...

Die Konkurrenzverhältnisse in der Margarine-Industrie gleichen ...

Die Konkurrenzverhältnisse in der Margarine-Industrie gleichen ...

Die Konkurrenzverhältnisse in der Margarine-Industrie gleichen ...

Arbeitsbedingungen der Schweizer Margarinearbeiter.

Table with 2 columns: 'Arbeitsbedingungen' and 'Arbeitsbedingungen'. Rows include 'Wohlfühlende im Haushalt im Durchschnitt', 'Männl. Jugendliche', 'Frauen, Arbeiter', 'Jugendliche'.